



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Medienstandort Bayern zukunftsfest gestalten – duales Rundfunksystem weiterhin stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag würdigt das duale Rundfunksystem als Garant für ein reichhaltiges Angebot, Vielfalt, aber auch regionale Verwurzelung von Medienangeboten sowie als Eckpfeiler freier und umfassender individueller Meinungs- und Willensbildung durch die Sicherstellung der informatorischen Grundversorgung in einer demokratischen Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin für ein starkes duales Rundfunksystem sowie ein ausgewogenes und vielfältiges Medienangebot einzutreten, die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen im steten Dialog mit Vertretern des öffentlichen Rundfunks und privaten Medienanbietern nachhaltig und zukunftsgerichtet sicherzustellen und sich in den entsprechenden Gremien für dieses Ziel einzusetzen.

Begründung:

Das duale Rundfunksystem als konstruktives Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern und privaten Medienanbietern sichert nicht nur ein vielfältiges, reichhaltiges und hochwertiges Medien- und Informationsangebot für die Bürgerinnen und Bürger, sondern ist wesentliche Bedingung für den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer modernen demokratischen Gesellschaft.

Umso wichtiger ist es, eine Medienpolitik zu verfolgen, die dazu beiträgt, dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf ein zeitgemäßes Rundfunk- und Medienangebot gerecht zu werden und gleichzeitig dem veränderten Nutzungsverhalten einer modernen Informationsgesellschaft Rechnung zu tragen. Gerade dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt dabei mehr denn je die Aufgabe zu, Verantwortung für die Bereitstellung qualitativer und gesellschaftlich wertvoller Inhalte zu übernehmen und damit seinem Grundversorgungsauftrag gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachzukommen. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört aber auch, Anreize zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung zu setzen: Dies impliziert sowohl sozialverträgliche Lösungen für alle Bürgerinnen und Bürgern, eine bedarfsgerechte Finanzierung, die auch die Suche nach Einsparpotenzialen beinhaltet, aber auch ein flexiblierter und zugleich fokussierter Auftrag, der den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen Rechnung trägt. Nur auf diese Weise lässt sich die nach wie vor breite Akzeptanz in der Gesellschaft gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk

nachhaltig gewährleisten. Ebenso muss die bayerische Medienpolitik aber auch sicherstellen, dass das duale Rundfunksystem weiterhin als chancengerechtes Organisationsmodell fungiert, das nationalen privaten Medienanbietern nicht nur gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch gegenüber internationalen Mediengiganten die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit ermöglicht.

Die bayerische Medienpolitik muss vor diesem Hintergrund stets vom Willen zur aktiven Gestaltung und Weiterentwicklung getragen sein, um auf die fortschreitende Konvergenz und Komplexität der Medien, aber auch auf neue Gefahren wie Filterblasen, die Verbreitung rechtswidriger Inhalte oder die Algorithmisierung der sozialen Medien adäquat reagieren zu können und so den Verbraucher- und Jugendschutz in allen Medien gewährleisten zu können: Und dies alles unter der Bedingung, keine Überregulierung oder Reduktion der Vielfalt der Medienangebote zu riskieren.

Oberstes Ziel der bayerischen Medienpolitik muss immer ein chancengerechter Ausgleich sein, der es allen Anbietern ermöglicht, ihr Entwicklungspotenzial in der bayerischen Medienlandschaft voll zu entfalten. Nur auf diese Weise lassen sich die Rahmenbedingungen gewährleisten, unter denen Bayern als erfolgreicher und zukunftsfähiger Standort der Medienwirtschaft langfristig erhalten bleibt. Und nur so lässt sich der umfassende Zugang zu einem transparenten und vielfältigen Informations- und Medienangebot als Forum des öffentlichen Diskurses nachhaltig sicherstellen, auf dessen Grundlage sich Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Gesellschaft verantwortungsvoll, eigenständig und kritisch-reflektiert Meinungen bilden und Entscheidungen für sich und künftige Generationen treffen können.